

## „Frischlufschneise der Stadt würde zerstört“

BI „Bürger gegen die Südtangente/Alttrasse“ tauscht sich mit Bürgern über verkehrspolitische Entwicklung in Limburg aus



Die „Bürger gegen die Südtangente/Alttrasse“ lehnen eine mögliche Südumgehung Limburgs ab. Grafik Saskia Sonneborn-Stahl

**LIMBURG** (red). Die Bürgerinitiative „Bürger gegen die Südtangente/Alttrasse“ hatte für Samstag zu einem offenen Informationsaustausch eingeladen – und das Interesse war groß. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Veranstaltung teil, „bei der es einen intensiven, sachlichen und konstruktiven Dialog zu aktuellen verkehrspolitischen Entwicklungen in Limburg gab“, wie die Veranstalter mitteilen. Im Fokus stand dabei die geplante Südumgehung.

Die Bürgerinitiative habe eindringlich über die schwerwiegenden Auswirkungen informiert, die eine Realisierung der Trasse mit sich bringen würde, heißt es in einer Pressemitteilung. Demnach würde der Eduard-Horn-Park – eine zentrale Frischlufschneise der Stadt – vollständig sowie Teile des „Paradieses“ zerstört.

In Zeiten zunehmender Hitzebelastungen, steigender Hitzetoter und wachsender Starkregenprobleme durch weitere Flächenversiegelungen sei dies aus Sicht des Vereins weder städtebaulich noch klimapolitisch verantwortbar.

Ein häufig genanntes Argument sei die Luftbelastung durch Stickstoff und Feinstaub, so die Bürgerinitiative. Doch die Werte seien seit Jahren rückläufig und bei Stickstoff bereits seit 2022 unterhalb der Grenzwerte, bei Feinstaub würden die Werte bereits

seit 2014 unter jeglichen Grenzwerten liegen, was sich an den öffentlichen Daten der Messstellen, veröffentlicht vom HNLUG, ablesen lasse.

### **Vorgesehene Trasse beinhaltet nur einen „kurzen Tunnel“**

Ein weiterer Kritikpunkt betreffe die im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vorgesehene Trassenführung, die lediglich einen „kurzen Tunnel“ beinhalte, so die BI weiter. Der gesamte Durchgangsverkehr würde dabei durch den Eduard-Horn-Park geführt, da die Frankfurter Straße bei der Realisierung der Südumgehung zur Sackgasse umfunktioniert werden würde. Eine bauliche Öffnung der Frankfurter Straße sei technisch äußerst aufwendig und mit enormen Kosten verbunden. Auch ein zwei Kilometer langer Tunnel (von den Befürwortern gefordert) würde eine deutliche Kostensteigerung bedeuten. Eine Kostenübernahme durch den Bund gilt daher laut Bürgerinitiative als ausgeschlossen, da sie in keinem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis stehe. Weiterhin würde der gesamte Durchgangsverkehr durch Teile des Paradieses geleitet, welches sowohl zur Naherholung der Bürger der Südstadt als auch als zweite Kaltluftschneise für die Innenstadt diene.

Zudem verwies die Bürgerinitiative auf die Tatsache, dass eine mögliche Hochstufung der Maßnahme im Bundesverkehrswegeplan frühestens 2030 erfolgen könne. Der Bau der Umgehung Lindenholzhausen befinde sich bereits seit 2015 in der Planungsphase, eine Fertigstellung dort sei jedoch frühestens 2037 zu erwarten. Die Frage, wann eine Südumgehung überhaupt realisiert werden könne – und ob sie angesichts der sich bis 2040/2045 grundlegend verändernden Verkehrslage noch zeitgemäß sei – stelle sich daher umso dringlicher. Aktuelle Probleme könnten aus Sicht des Vereins durch technische Verkehrsoptimierungen besser und schneller gelöst werden.

Schließlich wies die Bürgerinitiative darauf hin, dass selbst bei Realisierung der Umgehung nur mit einer Entlastung der Diezer Straße von maximal 15 Prozent zu rechnen sei – ein Wert, der unterhalb der sogenannten Spürbarkeitsgrenze von 30 Prozent liege. Im Gegenzug wären Anwohnerinnen und Anwohner sowie Schulen entlang der neuen Südumgehung mit deutlich höheren Verkehrs- und Lärmbelastungen konfrontiert.

Der Mobilitätsplan 2030 der Stadt erwartet laut BI bereits eine Reduktion des Verkehrs in der Stadt/Diezer Straße um 15 Prozent und erfülle somit die Erwartungen an eine Südumgehung deutlich schneller.

Das Fazit der Bürgerinitiative: „Es gibt keinen verkehrlichen Gewinn – weder für die Befürworter noch für die Gegner der Maßnahme.“

In den Gesprächen seien oft Unverständnis und Enttäuschung für das Vorgehen der Stadt ohne nachhaltiges Konzept deutlich geworden, so die BI. Eine derart hohe Summe an Steuergeld auszugeben, ohne die bestehenden Probleme wirklich zu lösen, und dabei noch gewachsene Naherholungsgebiete und Kaltluftschneisen nicht nur zu zerstören, sei für viele nicht nachvollziehbar gewesen.